

BERICHTE

DES BUNDESINSTITUTS FÜR
OSTWISSENSCHAFTLICHE UND
INTERNATIONALE STUDIEN

Die nationale Bewegung der Krimtataren

Teil I

Gerhard Simon

30/1975

KÖLN
LINDENBORNSTRASSE 22

INHALT

	Seite
Die Autonome Krim-Republik.....	5
Der Zweite Weltkrieg und die Deportation.....	9
Der XX. Parteitag (1956) und die Bewegung bis 1967...	13
Anmerkungen.....	20

Juni 1975

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OST-
WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN
herausgegebenen Berichten geäußert werden, geben ausschließ-
lich die Auffassung des Autors wieder.

Abdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und vor-
heriger Genehmigung des Bundesinstituts gestattet.

Weniger als eine halbe Million Krimtataren, die im Mai 1944 aus ihrer Heimat auf der Krim deportiert und hauptsächlich in Usbekistan zwangsangesiedelt wurden, bilden seit fast 20 Jahren einen erheblichen Unruhefaktor in der sowjetischen Innenpolitik. Die Krimtataren kämpfen seit dem XX. Parteitag (1956), auf dem Chruscev^{VV} die Deportation ganzer Völker während des II. Weltkrieges verurteilte und eine grundsätzliche Rehabilitierung aussprach, um das Recht zur Rückkehr in ihre Heimat - bis heute vergeblich. Die Bewegung hat zeitweise praktisch die gesamte krimtatarische Bevölkerung erfaßt, jedenfalls soweit sie mehr oder weniger geschlossen zwischen T^Vaskent und Samarkand siedelt; was den Grad der Organisiertheit und Geschlossenheit angeht, so ist der krimtatarischen Bewegung nichts Vergleichbares in der Geschichte der Sowjetunion seit den 1920er Jahren an die Seite zu stellen.

Seit dem Ende der 1950er Jahre ist auch eine Reihe anderer nichtoffizieller Bewegungen entstanden, die ebenfalls über eine gewisse Massenbasis verfügen und Ausdruck des zunehmenden Differenzierungsprozesses in der sowjetischen Gesellschaft sind. Dazu gehören die Reformbaptisten, die sich 1965 zum "Rat der Kirchen der Evangeliumschrsten - Baptisten" zusammengeschlossen haben, die Auswanderungsbewegungen unter den sowjetischen Juden und den Sowjetunion-Deutschen sowie die Dissidenten innerhalb der katholischen Kirche Litauens. Alle diese zum Teil aufs schärfste verfolgten Strömungen haben jedoch nur jeweils einen Teil der Glaubensbrüder oder Volkstumzugehörigen hinter sich bringen können. Diese Bewegungen haben übrigens untereinander kaum Kontakte; die Krimtataren unterhalten - soweit wir wissen - keinerlei Verbindungen zu den anderen nationalen und religiösen autonomen Bestrebungen. Erst seit Ende der 1960er Jahre sind die Krimtataren aus ihrer bis dahin totalen Isolierung herausgetreten, und es entstanden Kontakte zur demokratischen Bürger-

rechtsbewegung. Durch die Vermittlung der dissidenten Literaten und Intellektuellen gelangten seit 1968 die ersten Nachrichten über die Bewegung der Krimtataren ins westliche Ausland. Ob die Bewegung schon vorher in der islamischen Welt, insbesondere in der Türkei, bekannt war, wo eine beträchtliche krimtatarische Minderheit lebt, ist aus dem mir vorliegenden Material nicht ersichtlich.

Die Kenntnis oder Unkenntnis über das Schicksal der Krimtataren und der anderen deportierten Völker in der sowjetischen und westlichen Öffentlichkeit darf als ein Barometer für die innenpolitischen Veränderungen in der Sowjetunion in den vergangenen drei Jahrzehnten gewertet werden. Acht Völker bzw. Volksgruppen wurden zwischen 1941 und 1944 gewaltsam aus ihrer Heimat nach Zentralasien und Sibirien umgesiedelt. Dies waren neben den Sowjetunion-Deutschen, die bereits bei Kriegsausbruch 1941 deportiert wurden, die Kaukasusvölker der Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren und Mescheten (gesprochen: Mes-cheten) sowie die Turkvölker der Krimtataren und Kalmüken. Insgesamt verschwanden mehr als 1,5 Millionen Menschen zumeist bei Nacht und Nebel aus ihrer Heimat und wurden unter lagerähnlichen Bedingungen in den Weiten der östlichen Sowjetunion interniert. Die Zwangsumsiedlung und vor allem der Aufenthaltsort der Deportierten wurden jahrelang als Staatsgeheimnis gehütet. Erst fünf bis sechs Jahre später begannen erste Nachrichten darüber in der sowjetischen Presse und im Ausland aufzutau-chen. Aber bis 1956 war im Westen gänzlich unbekannt, daß die Balkaren (mehr als 40.000 Menschen) und die Mescheten (etwa 140.000 Menschen) überhaupt deportiert worden waren.¹

Von den etwa 240.000 verschleppten Krimtataren fehlte noch 1952 fast jede zuverlässige Spur. In diesem Jahr erschien ein umfangreiches, von einem Krimtataren unter Heranziehung

aller im Ausland erreichbaren Quellen erarbeitetes Buch über die neuere Geschichte des krimtatarischen Volkes. Hier wurde die Massendeportation fälschlich in das Jahr 1946 verlegt; über den derzeitigen Aufenthalt der Landsleute konnten nur Vermutungen geäußert werden, die sich im übrigen später als unzutreffend erwiesen.²

Nach dem Tode Stalins setzten Veränderungsprozesse in der sowjetischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung ein, die es nicht mehr möglich machten und der Führung auch nicht mehr geraten erscheinen ließen, Hunderttausende von Menschen spurlos verschwinden zu lassen. Chruscev hat durch seine Rede auf dem XX. Parteitag (1956) selbst erheblich dazu beigetragen, das Schicksal der deportierten Völker der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu rufen. Sie wurden teilweise politisch rehabilitiert und konnten seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre auf einem sehr bescheidenen Niveau wieder eine kulturelle Aktivität aufnehmen. Das Tabu war gebrochen.

Dennoch war es symptomatisch für die nach wie vor weithin von der Partei uneingeschränkt beherrschte Öffentlichkeit und öffentliche Meinung, daß die Krimtataren ein Jahrzehnt hindurch eine breite Kampagne zur Wiedererlangung ihrer Rechte als Nation führten, ohne daß diese Bewegung in der Sowjetunion oder im Ausland über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus bekannt wurde. Robert Conquest, einer der besten westlichen Kenner der verschleppten Völker, verlegte noch in seinem 1970 erschienenen Buch den Beginn der krimtatarischen Bewegung in das Jahr 1967.³ Erst mit dem Anwachsen der Samizdat-Literatur seit 1968, insbesondere mit der "Chronik der laufenden Ereignisse", die seit ihrer zweiten Nummer (Juni 1968) regelmäßig über die Krimtataren berichtete, erreichten die Informationen einen kleinen Kreis nicht-kontrollierter Öffentlichkeit innerhalb der Sowjetunion und

das Ausland.⁴ Seitdem ist ein breiter Strom krimtatarischer Selbstzeugnisse in das westliche Ausland gelangt, die heute etwa 1000 Schreibmaschinenseiten füllen⁵; natürlich ist dies nur ein Bruchteil der tatsächlich in zwei Jahrzehnten von der Volksbewegung verfaßten Dokumente. Die vorliegenden Samizdat-Materialien bilden die Hauptquelle für diese Ausführungen. In der zentralen Presse der Sowjetunion wird das Problem der Krimtataren nach wie vor totgeschwiegen; jedoch enthalten die lokale Presse Usbekistans und der Krim Hinweise auf die Bewegung.

Die sowjetische Politik hat also eine Entwicklung genommen vom Verschwinden ganzer Völker über eine teilweise Rehabilitierung bis zum nicht mehr verhinderbaren Bekanntwerden einer breiten, nichtoffiziellen Kampagne zur Wiedererlangung früherer nationaler Rechte. Dieser Prozeß vom physischen Terror zur nur teilweise erfolgreichen administrativen Unterdrückung ist wahrscheinlich irreversibel. Als ebenso unwahrscheinlich muß es jedoch gelten, daß die Krimtataren in absehbarer Zeit die Ziele ihrer Bewegung erreichen werden. Diese Aussagen zeigen das Gewicht der krimtatarischen Bewegung für die Beurteilung des gegenwärtigen sowjetischen Herrschaftsgefüges.

Dabei sollten der allgemein innenpolitische und der spezifisch nationalitätenpolitische Aspekt unterschieden werden. Unter dem ersten Gesichtspunkt bleibt festzuhalten, daß heute in der Sowjetunion über lange Zeit hin eine unerwünschte, von einer Massenbasis ausgehende Bewegung trotz Verfolgungen möglich ist. Damit bekommt die sowjetische Herrschaftsordnung keinen pluralistischen Charakter, aber ihr Totalitätsanspruch wird von der Wirklichkeit zunehmend ausgehöhlt. Wichtig erscheint dabei auch die Tatsache, daß die krimtatarischen Vorgänge nicht in Zentralrußland, sondern abseits

der Hauptstädte ihre Basis haben. Es muß als fraglich angesehen werden, ob eine Minderheitengruppe im Zentrum der Macht so lange hätte aktiv sein können. Damit wird einmal mehr das Bild von der heutigen Sowjetunion als eines straff organisierten Zentralstaates in Frage gestellt. Wir müssen vielmehr davon ausgehen, daß politische Vorgänge nicht selten entscheidend von den lokalen Bedingungen beeinflußt und gesteuert werden. Der Prozeß der politischen Autonomisierung innerhalb der Sowjetunion ist gegenwärtig nicht rückläufig - wie uns die Propaganda glauben machen will - sondern progressiv.

Unter nationalitätenpolitischem Aspekt enthüllen die hier behandelten Vorgänge die ganze Sprengkraft, die im sowjetischen Vielvölkerstaat von unbefriedigten Nationalismen ausgehen kann. Besondere Wirksamkeit erhält die krimtatarische nationale Bewegung dadurch, daß nationale Forderungen hier in nahezu reiner Form und unvermischt mit anderen politischen Motiven auftreten. Diese Forderungen sind zudem sehr konkret und werden wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb von allen Angehörigen des Volkes getragen. Solange derartige Nationalismen nur kleine Völker oder Volksgruppen, die untereinander nicht verbunden sind, zu einer opferbereiten Selbstidentifikation zusammenschweißen, sind sie für den Gesamtstaat nicht existenzbedrohend. Sie können jedoch auf die umwohnenden Völker ausstrahlen, zumal die russische Sprache als lingua franca in der Sowjetunion Sprachbarrieren weitgehend beseitigt hat. Auch von hieraus wird deutlich, weshalb die Sowjetführung der Steuerung der Öffentlichkeit aller politischer Vorgänge hochrangige Priorität einräumt.

Die Autonome Krim-Republik

Das muslimische Turkvolk oder Krimtataren ist seiner ethnischen Herkunft nach aus einem Gemisch verschiedener Völkergruppen her-

vorgegangen, die seit hellenistischer Zeit die klimatisch begünstigte Halbinsel besiedelten. Die beiden wichtigsten ethnischen Elemente sind einerseits mehrere Turkstämme (Peceneg^V, Kumanen oder Polovcer) und auf der anderen Seite die mongolischen Eroberer in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, die sich mit der türkischen Bevölkerung vermischten und den Islam annahmen. Mit dem Zerfall der Goldenen Horde in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts entstand ein eigenständiges Krim-Chanat, deren Träger die Krimtataren waren. Sie betrachten das Chanat der Krim bis heute als den eigentlichen Beginn ihrer kulturellen und staatlichen Selbständigkeit und als Unterpfand für ihre Forderungen nach politischer und kulturell-sprachlicher Autonomie im Verband der Sowjetunion. Das Krim-Chanat erkannte seit dem Ende des 15. Jahrhunderts die Oberhoheit des Osmanischen Reiches an und blieb bis zur endgültigen russischen Eroberung 1783 ein selbständiger Vasallenstaat des türkischen Sultans.

Die Eingliederung der Krim und der Schwarzmeerküste in das russische Reich und die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fortdauernden Spannungen und Kriege mit der Türkei führten zur weitgehenden politisch-sozialen Unterdrückung und Verdrängung des einstigen staatstragenden Volkes auf der Krim. Die Geschichte der russischen Herrschaft wurde für die Krimtataren zur Geschichte des Exodus aus der Heimat in die Türkei. In mehreren großen Wellen verließen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (1792; 1860-63; 1874/75; 1891-1902) Hunderttausende zum Teil fluchtartig das Imperium der Zaren, die diesen Auszug von Untertanen, deren Loyalität bei den fortdauernden Konflikten mit dem Osmanischen Reich höchst zweifelhaft war, nicht ungerne sahen. Nach dem Krimkrieg (1853-56) gab es sogar Gerüchte, die russische Regierung plane die Deportation der gesamten tatarischen Bevölkerung

von der Krim nach Semipalatinsk, hinter den Ural. Deshalb verließen in den Jahren 1860 bis 1863 über 130.000 Menschen oder zwei Drittel der gesamten muslimischen Bevölkerung die Halbinsel. Bei der ersten großen russischen Volkszählung 1897 gab es nur noch 188.000 Krimtataren, die lediglich 35 % der Gesamtbevölkerung der Krim ausmachten und überwiegend zu den sozialen Unterschichten gehörten. Auf der Krim waren inzwischen russische, ukrainische, deutsche und bulgarische Kolonisten angesiedelt worden.⁶ Vor diesem Hintergrund muß es nur als natürlich erscheinen, daß die heutige Protestbewegung der nach Usbekistan deportierten Krimtataren die Politik Stalins und seiner Nachfolger lediglich als Fortsetzung der zaristischen Kolonialpolitik bezeichnet. Erst die Sowjetführung habe das vom Zarismus gesteckte Ziel, die Krim ohne Krimtataren, gewaltsam durchgesetzt.

Das erste Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution brachte jedoch den Krimtataren ebenso wie anderen islamischen Völkern der Sowjetunion zunächst eine ausgesprochen nationale Renaissance und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten, wie sie vor 1917 undenkbar gewesen waren. Zwar scheiterte der Versuch der im Juli 1917 gegründeten tatarischen Nationalen Partei (Milli Firqa), eine unabhängige Krim-Republik zu gründen, schon nach wenigen Wochen im Januar 1918; aber die Erfahrungen des Bürgerkrieges und die extrem antitatarische Haltung der Weißgardisten führten beim linken Flügel der Milli Firqa seit 1919 zu einer zunehmenden Bereitschaft, mit den Bol'seviki^v zusammenzuarbeiten. Nach dem gemeinsamen Sieg über die Weißen wurde die Milli Firqa Ende 1920 zur konterrevolutionären Organisation erklärt und verboten, aber ein Teil ihres linken Flügels trat zur Kommunistischen Partei über. Entsprechend ihrer Politik der Begünstigung der islamischen Völker und deren nationalkommunistischen Gruppen verfügte die Sowjetregierung am 18. Oktober 1921 gegen den

Widerstand der örtlichen (russischen) Parteiorgane die Gründung einer Autonomen Krim-Republik (Krymskaja ASSR) im Verband der RSFSR.⁷

Die Krimtataren erhielten in der Autonomen Republik ein Gewicht, das erheblich über ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung der Halbinsel hinausging. Präsident des Exekutivkomitees der Republik und damit oberster Repräsentant der Sowjetverwaltung wurde Veli Ibragimov, ehemals Führer des linken Flügels der Milli Firqa. Die bevorzugte Behandlung der tatarischen Bevölkerung wurde von der Leninschen Nationalitätenpolitik propagandistisch als Wiedergutmachung für die kolonialistische Unterdrückungspolitik des Zarismus dargestellt und war der Sache nach der geschickte und in vieler Hinsicht erfolgreiche Versuch, die islamischen Völker für die bolschewistische Sache zu gewinnen.

Nach der Volkszählung von 1926 waren von den 714.000 Einwohnern der Krim nur 25 % Krimtataren, die Mehrheit bildeten 42 % Russen; etwa 10 % waren Ukrainer. Dennoch hatten die Krimtataren einen erheblichen Teil der führenden Posten in Partei, Staat und Wirtschaft inne. Krimtatarisch war neben Russisch Amtssprache der Autonomen Republik. Allein die Zahl der Landschulen mit krimtatarischer Unterrichtssprache betrug 1936 750. Hier waren mehr als 2.000 Lehrer tätig, die etwa 35.000 Kinder unterrichteten. Auch eine Reihe von Hoch- und Fachschulen boten ihre Kurse ganz oder teilweise in krimtatarischer Sprache an. Dazu gehörten insbesondere die Höhere Kommunistische Landwirtschaftsschule, das Pädagogische Institut der Krim und das Theater- und Musik-Technikum der Krim in Simferopol'. Führende krimtatarische kulturelle Einrichtungen waren außerdem ein wissenschaftliches Forschungsinstitut für nationale Beziehungen, ein Museum des Ostens und ein Staatliches Tatarisches Theater. Der

staatliche Krim-Verlag publizierte in erster Linie Bücher in krimtatarischer Sprache, in der auch mehrere Dutzend Zeitungen und Zeitschriften gedruckt wurden.⁸

Das "Goldene Zeitalter" der krimtatarischen national-kulturellen Entfaltung fand jedoch mit der Durchsetzung des Stalinismus seit 1927/28 sein Ende. Die auch über viele andere nicht-russische Völker hereinbrechende Säuberungswelle beseitigte 1928 fast die gesamte krimtatarische vorrevolutionäre Intelligenz. Zwei Jahre später trafen Terror und Verschleppungen mit der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft die bäuerliche Bevölkerung. Die gleichzeitige antireligiöse Kampagne brachte für den Großteil der muslimischen Geistlichkeit Tod, Lagerhaft oder zumindest die Aufgabe des Amtes.

Der Zweite Weltkrieg und die Deportation

Die Stalinschen Säuberungen haben die Erfolge der Nationalitätspolitik aus den 1920er Jahren in Frage gestellt. Offenbar war sich die Sowjetführung bei Kriegsausbruch der Loyalität einiger Völker des Nordkaukasus und Südrußlands nicht sicher; jedenfalls soll es sowjetische Pläne gegeben haben, die Krimtataren - ähnlich wie es mit den Wolga-Deutschen im August 1941 geschah - vorsorglich hinter den Ural zu deportieren. Der schnelle deutsche Vormarsch ließ die Realisierung solcher Vorhaben nicht mehr zu.⁹

Die Krim war seit Ende 1941 vergleichsweise lange, nämlich 2 1/2 Jahre, von deutschen Truppen besetzt. Wehrmacht und deutsche Verwaltung behandelten die Tataren bevorzugt, um so einen Verbündeten gegen die russisch-ukrainische Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen. Ihnen wurden mehr kulturelle und religiöse Einrichtungen zugestanden, und sie konnten sich mit

dem "Mohammedanischen Komitee" in Simferopol' eine Art politischer Interessenvertretung schaffen. Unter deutschen Offizieren wurden sogenannte "Krimtatarische Selbstschutzkompanien" aufgestellt und gegen die hauptsächlich russischen Partisanen eingesetzt. Zeitweilig standen bis zu 20.000 Tataren unter deutschen Waffen; dies war bei einer Bevölkerung von weniger als 300.000 Menschen eine beträchtliche Zahl. Allerdings muß dabei bedacht werden, daß die meisten sich nur als "Hilfsfreiwillige" anwerben ließen, um den unmenschlichen Zuständen in den deutschen Kriegsgefangenenlagern zu entgehen. Der spätere pauschale sowjetische Vorwurf, das Volk der Krimtataren habe mit dem Feind kollaboriert, läßt sich aus diesen Vorgängen nicht ableiten, auch wenn auf der anderen Seite die Politisierbarkeit antisowjetischer und antirussischer Ressentiments bei einem Teil der Völker unter deutscher Besatzungsherrschaft außer Frage steht.

Im übrigen kühlten sich die Beziehungen zwischen den deutschen Stellen und den Krimtataren im Laufe der über zweijährigen Besatzung deutlich ab, als immer klarer wurde, daß die Besatzungsmacht keineswegs krimtatarische sondern groß-deutsche Ziele verfolgte. Die Krim war vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete als Kolonisationsobjekt in Aussicht genommen worden. Es bestanden deutsche Pläne, die Bewohner zu deportieren und die Krim durch Deutsche aus Südtirol und Bessarabien zu besiedeln. Die gegenwärtige krimtatarische Protestbewegung betont die Gleichartigkeit faschistischer und stalinistischer Pläne und verleiht ihren Argumenten damit eine erhebliche zusätzliche Schärfe.¹⁰

Der pauschale Kollaborations-Vorwurf ist auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil wesentlich mehr Krimtataren in der Roten Armee und bei den sowjetischen Partisanen kämpften als unter deutschen Waffen. Aber es war eine schwere psychologische

Belastung, daß die sich zurückziehenden krimtatarischen Einheiten 1944 der Waffen-SS unterstellt wurden. Die Rückeroberung der Krim im April/Mai 1944 war von Repressalien gegen die Krimtataren und Exekutionen begleitet. Im Morgengrauen des 18. Mai 1944, nur wenige Tage nachdem der letzte deutsche Soldat die Krim verlassen hatte, führten dann die Truppen des Staatssicherheitsdienstes einen Vergeltungsschlag gegen die Krimtataren ohnegleichen. Die Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen wurden gezwungen, in wenigen Stunden einige Habseligkeiten zusammenzuraffen; man verlud alle Volksangehörigen unter Anwendung von Waffengewalt in Viehwaggons und transportierte sie etwa zwei Wochen lang nach Osten. Die meisten von ihnen wurden Anfang Juni in der Gegend von Tas^Vkent entladen, andere wurden in den Ural, nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Viele jedoch starben vor Hunger und Entkräftung bereits auf dem Transport. Die wehrfähigen Männer waren vor der Deportation mobilisiert und angeblich zur Front eingezogen worden. Tatsächlich verschwanden sie in Arbeitslagern.

Die nach Usbekistan Vertriebenen wurden gezwungen, sich in "besonderen Ansiedlungen" niederzulassen, deren Grenzen sie nicht überschreiten durften. Polizei und Sicherheitsorgane übten eine ständige Aufsicht über diese lagerähnlichen Siedlungen aus. Nach Auskünften des Ministeriums für öffentliche Ordnung (Ministerstvo ochrany ob^{VV}ščestvennogo porjadka) Usbekistans, die 1968 aus Anlaß des Tas^Vkenter Prozesses gegen zehn Krimtataren zusammengestellt wurden, waren bis zum 1. Juli 1944 35.750 Familien oder 151.424 Krimtataren in Usbekistan eingetroffen. Nach der gleichen offiziellen sowjetischen Quelle sank die Zahl der Umgesiedelten im Zeitraum vom 1. Juli 1944 bis zum 1. Januar 1945 um 13.592 Menschen oder 9,1 %; vom 1. Januar 1945 bis 1. Januar 1946 ging die Gesamtzahl der Krimtataren in den Zwangssiedlungen Usbekistans noch einmal um 13.183 Menschen oder 8,6 % zurück.

Obwohl auch diese Statistik ein Bild von den unmenschlichen Lebensbedingungen vermitteln kann, ist sie dennoch beschönigend und läßt viele Faktoren unberücksichtigt. In ihr sind weder die Geburten ausgewiesen noch die Verluste während des Transportes nach Zentralasien oder die etwa 2.000 Krimtataren, die nach Kriegsende demobilisiert und ebenfalls in die Zwangssiedlungen Usbekistans eingewiesen wurden.¹¹

Die Krimtataren selbst haben 1965/66 aus eigener Initiative eine umfangreiche Befragung aller erreichbaren Volkszugehörigen durchgeführt. Danach wurden insgesamt 238.500 Tataren von der Krim vertrieben (einschließlich jener, die verstreut im Ural, in Kasachstan und Sibirien angesiedelt wurden).

86,4 % von ihnen waren Frauen und Kinder unter 16 Jahren. Von den nach Usbekistan Deportierten starben in den ersten 18 Monaten 46,2 %. Insgesamt kostete die grausame Vertreibung von der Krim in den ersten 1 1/2 Jahren 109.956 Menschenleben. Nach den nichtoffiziellen Erhebungen war dies das Vierfache jenes Blutzolles, den die Krimtataren an der Front und in den Reihen der Partisanen zu zahlen hatten. Von den gegenwärtigen Sprechern des krimtatarischen Volkes wird die Vertreibung deshalb als beabsichtigter Völkermord bezeichnet.¹²

Der Vergeltungsschlag gegen die Krimtataren blieb in der Sowjetunion über zwei Jahre geheim und wurde in keiner Publikation erwähnt. Auch der Beschluß des Obersten Sowjets vom 30. Juni 1945 über die Auflösung der Autonomen Krim-Republik und die Umwandlung ihres Territoriums in einen Gebietsteil der RSFSR blieb bis 1956 unveröffentlicht.¹³ Die Krim wurde dann 1954 im Zusammenhang mit der Feier des 300. Jahrestages der Vereinigung der Ukraine mit Rußland in die Ukrainische SSR eingegliedert.¹⁴

Der XX. Parteitag (1956) und die Bewegung bis 1967

Stalins Tod und Chrusčevs^{VV} Kampf um die Macht brachten eine grundsätzliche Wende in der Behandlung der deportierten Völker. Die Zeit des "Tauwetters" und der innenpolitischen Lockerungen führten die Sowjetunion aus den Erstarrungen des späten Stalinismus heraus. Zwischen 1954 und 1956 wurden die Zwangsansiedlung und die dauernde Aufsicht durch die Staatssicherheitsorgane für alle ausgesiedelten Völker aufgehoben. Damit war jedoch noch keine politische Rehabilitierung verbunden, und die Dekrete, die das "Kommandantur-Regime" beseitigten, blieben unveröffentlicht. Die Krimtataren erhielten durch Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjet vom 28. April 1956 das Recht auf Freizügigkeit zurück.¹⁵ Das Dekret bestimmte allerdings zugleich, daß die Krimtataren keinerlei Anspruch auf Schadenersatz für das bei der Aussiedlung konfiszierte Eigentum hätten. Die Rückkehr auf die Krim wurde ihnen ausdrücklich verboten. Bei der Durchführung des Dekretes verlangten die Behörden von den Krimtataren eine persönliche Erklärung, daß sie auf alles bei der Aussiedlung konfiszierte Eigentum verzichteten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen erhielten sie ohne eine entsprechende Unterschrift keinen Inlandspass.¹⁶

Chrusčev^{VV} hatte auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 den Standpunkt der neuen Führung gegenüber den deportierten Völkern umrissen, hatte allerdings in seiner geheimen Rede, die in der Sowjetunion und im Ausland weite Verbreitung fand, weder die Krimtataren noch die Sowjetunion-Deutschen oder die Mescheten erwähnt. Er verurteilte die Deportationen als schwere Verletzungen der Leninschen Nationalitätenpolitik. Die Ukrainer seien diesem Schicksal wahrscheinlich nur entgangen, weil sie zu viele seien und Stalin nicht gewußt habe, wohin er sie hätte deportieren sollen.¹⁷

Die fünf von Chrusčev^{VV} in dieser Rede genannten Völker (Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Karatschaier und Kalmyken) wurden nicht nur politisch rehabilitiert; sie erhielten durch Gesetz des Obersten Sowjet vom 11. Februar 1957 auch ihre nationale Autonomie zurück. Das Gesetz stellte die vor den Deportationen vorhandene ASSR der Tschetschenen und Inguschen wieder her und bildete die Kabardinische ASSR wieder um in die Kabardino-Balkarische ASSR. Die Karatschaier, die vor dem Krieg ein eigenes Autonomes Gebiet gehabt hatten, erhielten jetzt zusammen mit den Tscherkessen den Status eines Autonomen Gebietes. Für die Kalmyken schließlich schrieb das Gesetz die Bildung eines Autonomen Gebietes vor, das dann im Juli 1958 zur Autonomen Republik erhoben wurde. Damit hatten diese fünf wegen angeblicher Kollaboration mit dem Feind vertriebenen Völker ihren administrativ-territorialen Vorkriegs-Status praktisch wiedererlangt.¹⁸ Die Rückführung dieser Völker aus ihren Verbannungsgebieten war Ende 1960 abgeschlossen.

Die Krimtataren, Sowjetunion-Deutschen und die Volksgruppe der Mescheten aus dem südlichen Georgien dagegen wurden im Gefolge des XX. Parteitages gänzlich anders behandelt. Ihre politische Rehabilitierung erfolgte erst nach vielen Jahren (am 29. August 1964 für die Deutschen; am 5. September 1967 für die Krimtataren; am 30. Mai 1968 für die Mescheten); die Rückkehr in die früheren Siedlungsgebiete blieb ihnen bis heute versagt.

Die eigentliche nationale Bewegung der Krimtataren begann 1956/57. Erst das politische Tauwetter nach dem XX. Parteitag schuf die Voraussetzungen dazu. Den Hintergrund bildeten außerdem die nationale Rehabilitierung anderer verbannter Völker, die als eine Diskriminierung der Krimtataren erscheinen mußte, sowie die Hoffnungen, die durch die Aufhebung der Zwangsansiedlung und die Geheimrede Chrusčevs^{VV} geweckt wor-

den waren. In den Monaten nach dem XX. Parteitag richteten Tausende von Krimtataren individuelle und kollektive Briefe an das ZK und andere Spitzenorgane von Partei und Staat, in denen die volle politische Rehabilitierung und die Erlaubnis zur Rückkehr auf die Krim gefordert wurden. Die erste Eingabe im Namen des ganzen Volkes wurde im Juli 1957 an die Sowjetführung übergeben; sie trug 6.000 Unterschriften. Es folgten Petitionen im März 1958 und August 1958 mit 16.000 bzw. 12.000 Unterschriften. Nach einer Zusammenstellung der krimtatarischen Aktivisten sind bis zum Frühjahr 1971 etwa 40 große Eingaben, Denkschriften oder Briefe an die Führungsspitzen des Sowjetstaates gerichtet worden. Diese Erklärungen, z.T. im Namen des ganzen Volkes, z.T. im Namen der krimtatarischen Jugend, der Frauen oder der Kriegsveteranen, trugen wiederholt 10.000, 20.000 und auch 70.000 Unterschriften. Die Massenbewegung erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1965-67. Für die Eingabe an den XXIII. Parteitag im März 1966 sammelten die Krimtataren mehr als 130.000 Unterschriften.¹⁹ Dies ist - soweit wir wissen - die größte Zahl von Menschen, die bisher jemals eine der Führung unerwünschte Erklärung in der Sowjetunion unterzeichnet hat.

Nach eigenen Angaben hatten die Krimtataren bis zum Sommer 1969 "Tausende kollektiver Briefe" verfaßt, die nicht nur an die Führungsspitze sondern auch an Republikorgane in Usbekistan, an die Redaktionen von Massenmedien und an Gerichte geschickt wurden. Insgesamt waren danach bis zu diesem Zeitpunkt mehr als drei Millionen Unterschriften gesammelt worden.²⁰ Setzt man diese Zahlen in Relation zur Gesamtbevölkerung der Krimtataren, so muß der Schluß gezogen werden, daß sich - jedenfalls zeitweilig - fast die gesamte erwachsene Bevölkerung aktiv an der nationalen Bewegung beteiligt hat. Die Krimtataren sprechen immer wieder von einer halben Million Volkszugehöriger. Diese Zahl erscheint jedoch als zu hoch,

wenn man die von ihnen selbst angegebenen Verluste nach der Deportation zugrunde legt. Danach dürfte es heute 300 - 350.000 Krimtataren in der Sowjetunion geben.²¹ Offizielle Angaben sind in der Sowjetunion nicht publiziert worden, weil die Krimtataren seit der Deportation in der Statistik und in bevölkerungspolitischen Publikationen nicht mehr ausgewiesen, sondern mit allen anderen Tataren zusammen - deren überwältigende Mehrheit die Kasaner Tataren bilden - als eine einzige tatarische Nation bezeichnet werden.

Die über fast zwei Jahrzehnte fortgesetzte Kampagne der Krimtataren ist ohne eine gewisse kontinuierliche Organisation nicht denkbar. Zu ihrem wichtigsten Bestandteil wurden seit 1964 die ständigen Repräsentanten der Krimtataren. Die Zahl der Repräsentanten, die vielfach auch die Autoren der Petitionen und Memoranden waren, hat im Laufe der Jahre stark geschwankt; auch ein festgelegter demokratischer Wahlmodus kann unter den gegebenen Umständen natürlich nicht eingehalten werden. Dennoch kommen die Repräsentanten aus den verschiedensten Städten und Dörfern und vertreten die dortigen krimtatarischen Gruppen, von denen sie delegiert und finanziell getragen werden. Seit 1964 sahen es die Vertreter des Volkes als ihre wichtigste Aufgabe an, ständig in Moskau anwesend zu sein, um dort bei den zentralen Organen persönlich die Briefe des Volkes abzugeben, um Audienzen zu bitten und Antwort auf die vorgetragenen Bitten zu verlangen. Insgesamt sind von 1964 bis zum Frühjahr 1973 mehr als 5.000 Repräsentanten nacheinander in Moskau gewesen. Zeitweilig gaben die Moskauer Vertreter 14tägig eine "Information" zur Unterrichtung des Volkes heraus. Insbesondere seit 1968 wurden die Vertreter in Moskau wiederholt von der Polizei aufgespürt, festgenommen und gewaltsam in ihre Heimatsorte zurückgebracht; die Moskauer Hotels erhielten Anweisung, keine Krimtataren aufzunehmen. Seit 1969

scheint es deshalb nicht mehr möglich zu sein, ständige Vertreter in Moskau zu haben. Die Einrichtung als solche besteht jedoch fort, und die Repräsentanten treten mit einer gewissen Regelmäßigkeit unter konspirativen Bedingungen zusammen, um die laufenden Vorhaben der Bewegung zu beraten.²²

Neben die Repräsentanten traten seit 1965 in den Wohnorten der Krimtataren "Aktionsgruppen zur Unterstützung von Partei und Staat bei der Lösung der nationalen Frage des krimtatarischen Volkes". Diese Aktionsgruppen sammelten Unterschriften, hielten Versammlungen ab und trafen sich auf lokaler oder überregionaler Ebene.²³ Nach dem Sturz Chruscevs^{vv} im Oktober 1964 erwachten bei den Krimtataren neue Hoffnungen, die kollektive Führung könnte ihrer Frage wohlwollender gegenüberstehen, und so erreichte die Bewegung im Vorfeld des XXIII. Parteitag (März 1966) einen Höhepunkt. Die Zahl der Repräsentanten in Moskau stieg auf 125, mehr als 14.000 Briefe erreichten die zentralen Organe und die Vertreter übergaben im ZK sieben Bände mit den Daten der von ihnen durchgeführten Erhebung über die Verluste während und nach der Deportation.

Aber auch diesmal ignorierten die zentralen Instanzen und der Parteitag wie zuvor die Forderungen der Krimtataren. Die Verhaftung der Vertreter im Gebäude des ZK und ihre Ausweisung aus Moskau am 25. Juni 1966 ließen die Enttäuschung und Erbitterung wachsen und brachten ein neues Element in die Bewegung, das wahrscheinlich von den "Aktionsgruppen" ausging: Es kam zu einer Welle von Protestversammlungen und Massendemonstrationen, zu denen Hunderte und später Tausende von Krimtataren zusammenströmten. Die Massenversammlungen in Bekabad am 8.-10. Oktober 1966, in Angren am 15. Oktober 1966 und in Tas^vkent am 27. Juli und 2. September 1967 wurden gewaltsam von der Polizei aufgelöst; dabei kam es zu pogromartigen Aus-

schreitungen gegen die Demonstranten, Dutzende wurden festgenommen und zu 15tägigen Haftstrafen verurteilt. Eine Reihe von Initiatoren wurde vor Gericht gestellt und zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt.²⁴

Im Sommer 1967 spitzte sich die Situation dramatisch zu. Die Zahl der in Moskau anwesenden Vertreter der Krimtataren wuchs auf über 400. Allein das Ignorieren der Bewegung, kombiniert mit gezielten und begrenzten Polizeimaßnahmen schien offenbar der Sowjetführung nicht mehr ausreichend, um unkontrollierbare Eruptionen in der Zukunft zu verhindern. Das Politbüro befaßte sich in einer Sitzung am 20. Juni mit dem Problem der Krimtataren, und am folgenden Tag empfingen KGB-Chef Andropov, Generalstaatsanwalt Rudenko, Innenminister ^{VV}Šcelokov und der Sekretär des Obersten Sowjet Georgadze eine Delegation von 20 Krimtataren. Dabei kündigte Andropov eine öffentliche politische Rehabilitierung des krimtatarischen Volkes für die allernächste Zeit an. Auf die Frage nach der Rückkehr auf die Krim antwortete er ausweichend. Außerdem wurde den Krimtataren eine Überprüfung aller bis dahin anhängigen Kriminalverfahren und die Erlaubnis zu Versammlungen in Usbekistan zugesagt, auf denen die Repräsentanten die bevorstehende Rehabilitierung ankündigen wollten. Diese beiden Versprechungen wurden nicht eingehalten.²⁵ Die Polizei nutzte vielmehr die oben bereits genannten und von den Organisatoren zuvor dem Usbekischen Zentralkomitee angekündigten Versammlungen am 27. August und 2. September 1967 in ^VTaskent zu einer Verhaftungswelle.

Die politische Rehabilitierung erfolgte schließlich in einem Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjet vom 5. September 1967 "Über die Bürger tatarischer Nationalität, die früher auf der Krim lebten". Hier wurde einerseits der auf das ganze Volk ausgedehnte Vorwurf der Kollaboration als "unbegründet" zurückgenommen, andererseits stellte der Ukaz aber fest, daß die

"Tataren, die früher auf der Krim lebten, in Usbekistan und den anderen Unionsrepubliken fest verwurzelt sind..." Eine Anordnung des Präsidiums des Obersten Sowjet vom gleichen Tage bestätigte den Krimtataren ausdrücklich "das Recht, sich auf dem gesamten Territorium der Sowjetunion niederzulassen, entsprechend der geltenden Gesetzgebung über die Arbeitsbeschaffung und das Paßwesen".²⁶

Diese unklaren Formulierungen ließen offen, ob den Tataren nun eine geschlossene Rückkehr auf die Krim gestattet sei oder nicht. Offensichtlich wagte die Sowjetführung angesichts der krimtatarischen Bewegung nicht, ihre Entscheidung zu veröffentlichen, daß sie auch in Zukunft die Rückkehr Hunderttausender von Tataren auf die Krim nicht dulden würde. So machten sich denn in den nächsten Monaten Hunderte von Familien auf eigene Faust auf den Weg in die alte Heimat.

Anmerkungen

- 1 R. Conquest, The nation killers. The Soviet deportation of nationalities, London 1970, S. 64 f., 100.
- 2 E. Kirimal, Der nationale Kampf der Krimtürken, Emsdetten 1952, S. 323 f.
- 3 Conquest, Nation killers, S. 187.
- 4 Uncensored Russia. The human rights movement in the Soviet Union. Hrsg. P. Reddaway, London 1972, S. 249.
- 5 Die bislang umfangreichste Materialsammlung liegt vor als Band XII des Archiv Samizdata, Sobranie dokumentov Samizdata, Radio Liberty, München 1975. Die Herzen-Stiftung, Amsterdam, hat für 1975 die Herausgabe der umfangreichen Materialien zum Taskenter Prozeß gegen zehn Repräsentanten der Krimtataren vom 1. Juli bis 5. August 1969 angekündigt.
- 6 Ch. Lemercier-Quelquejay, The Tatars of the Crimea; a retrospective summary, in: Central Asian Review, XVI, 1/1968, S. 15-19; E. Kirimal, The Crimean Tatars, in: Studies on the Soviet Union, X, 1/1970, S. 72-79.
- 7 R. Pipes, The formation of the Soviet Union, Cambridge/Mass. 1957, S. 184-190.
- 8 Pis'mo-obrasčenie krymskotatarskogo naroda v svjazi s 50-letiem obrazovanija SSSR, Archiv Samizdata (=AS) Nr. 1184, S. 2 f.; Otpoved' krymskotatarskogo naroda renegatam leninskoj nacional'noj politiki, Juni 1972, AS Nr. 1453, S. 15-16; Lemercier-Quelquejay, a.a.O., S. 23.
- 9 Zajavlenie krymskotatarskogo naroda po krymskomu voprosu, v svjazi s XXIV s-ezdom KPSS, AS Nr. 1878, S. 5-6; P.v.z. Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1971, S. 216.
- 10 AS Nr. 1878 (vgl. Anm. 9), S. 6-7; v.z. Mühlen, S. 183-187.
- 11 Obrascenie krymskich tatar k General'nomu Sekretarju OON K. Val'dchajmu, Januar 1974, AS Nr. 1726, S. 34-40.
- 12 Obrascenie krymskotatarskogo naroda k XXIII s-ezdu KPSS, AS Nr. 1877, S. 20-21; Obrascenie krymskich tatar k K. Val'dchajmu..., Januar 1973, AS Nr. 1881, S. 1.
- 13 Sbornik zakonov SSSR i ukazov prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR 1938-1967, Bd. I, Moskau 1968, S. 166.

- ¹⁴Ebenda, S. 187.
- ¹⁵Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR, Bd. XXX, 1967, S. 532; weitere Auszüge aus dem Inhalt des Ukaž: Otkrytoe pis'mo v zascitu krymskich tatar, Januar 1969, AS Nr. 101, S. 3.
- ¹⁶AS Nr. 1726 (vgl. Anm. 11), S. 4.
- ¹⁷Conquest, Nation killers, S. 144.
- ¹⁸Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR, Bd. XX, 1957, S. 134; Bd. XXI, 1958, S. 694.
- ¹⁹Obrascenie ^{vv} 60.000 krymskich tatar k Presidiumu XXIV s-ezda KPSS ..., AS Nr. 630, S. 2-5. Die Angaben über die Zahl der Unterschriften unter einzelnen Eingaben stimmen nicht immer überein; in der Größenordnung weichen die Informationen jedoch meist nicht voneinander ab.
- ²⁰Obrascenie ^{vv} krymskotatarskogo naroda k kommunističeskim i rabočim partijam i k ljudjam dobroj voli, Juni 1969, AS Nr. 137, S. 2.
- ²¹A. Sheehy, The Crimean Tatars, Volga Germans and Meskhetians: Soviet treatment of some national minorities, Minority Rights Group, Report Nr. 6, London 1973², S. 7. Dies ist die beste Darstellung des Themas.
- ²²Obrascenie ^{vv} krymskich tatar ko vsem kommunističeskim partijam mira, etwa Anfang 1973, AS Nr. 1450, S. 11; Posev 4/1969, S. 6-7; Uncensored Russia, S. 250.
- ²³Sheehy, Crimean Tatars, S. 13.
- ²⁴Neoproveržimye fakty iz ^v žizni krymskich tatar za period c 1967 po 1973 god, Januar 1973, AS Nr. 1882, S. 1.
- ²⁵Sheehy, Crimean Tatars, S. 14; AS Nr. 137 (vgl. Anm. 20), S. 3; ^{vv} Inicijativnaja grupa krymskich tatar g. Taskenta. Obrascenie v zascitu ^{vv} Resata Dzemileva, Juli 1973, AS Nr. 1629, S. 1; AS Nr. 1726 (vgl. Anm. 11), S. 7-8.
- ²⁶Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR, Bd. XXX, 1967, S. 531-532.

BERICHTE

DES BUNDESINSTITUTS FÜR
OSTWISSENSCHAFTLICHE UND
INTERNATIONALE STUDIEN

Die nationale Bewegung der Krimtataren

Teil II

Gerhard Simon

31/1975

KÖLN
LINDENBORNSTRASSE 22

INHALT

	Seite
Die Reaktionen der Sowjetführung.....	1
Die Bewegung nach 1967.....	6
Das Verhältnis der Bewegung zum sowjetischen Herrschaftssystem.....	12
Die Motive der sowjetischen Führung.....	15
Anmerkungen.....	20
Zusammenfassung.....	22

Juni 1975

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OST-
WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN
herausgegebenen Berichten geäußert werden, geben ausschließ-
lich die Auffassung des Autors wieder.

Abdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und vor-
heriger Genehmigung des Bundesinstituts gestattet.

Die Reaktionen der Sowjetführung

Die ersten Verhaftungen von Organisatoren und Aktivisten der nationalen Bewegung begannen - soweit wir wissen - im Jahre 1959. Eine massive Unterdrückung mit allen Mitteln schien den Sicherheitsorganen jedoch weder damals noch später möglich oder opportun, weil sie offenbar zu dem Schluß gelangten, daß Aufwand und innen- sowie außenpolitische Rückwirkungen bei einem totalen Auslöschen der Bewegung nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erreichten Ziel stehen würden. So gehört es bis heute zu den Grundsätzen des KGB, diejenigen, die lediglich ihre Unterschrift unter Memoranden und Eingaben setzen, nicht zu belangen, sondern nach den Initiatoren und Verfassern zu fahnden.

Seit Beginn der 60er Jahre sind die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Krimtataren dann in ähnlicher Weise geführt worden wie gegen andere, vergleichbare nonkonformistische Bewegungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. Die Gegenmaßnahmen reichten von Vorladungen bei den Sicherheitsbehörden über Hausdurchsuchungen und administrative Bestrafungen von 15 Tagen Haft bis zu Verurteilungen zu drei und mehr Jahren Lagerhaft. Nach einer umfangreichen Zusammenstellung der Krimtataren selber waren bis zum Dezember 1973 mehr als 5.000 Volkzugehörige verschiedenen administrativen Repressalien ausgesetzt gewesen. Der KGB hatte Zehntausende von Verhören und sogenannten "Unterhaltungen" sowie "einige tausend Hausdurchsuchungen" durchgeführt. Außerdem waren bis zu diesem Zeitpunkt 32 krimtatarische Kommunisten wegen der Teilnahme an der Bewegung aus der Partei und etwa 100 Jugendliche aus dem Komsomol ausgeschlossen worden. Mehr als zwanzigmal hatte die Polizei gewaltsam Versammlungen aufgelöst und dabei Teilnehmer verprügelt und festgenommen. Achtmal fanden große Razzien nach Volksvertretern in Moskau statt,

bei denen jeweils zwischen 40 und 800 Krimtataren aus der Hauptstadt abgeschoben wurden. Schließlich hatten die Gerichte bis zum Jahresende 1973 mehr als 200 Krimtataren in über 50 Prozessen abgeurteilt und für drei Jahre oder länger in die Lager geschickt. Auch die gerichtliche Einweisung zur psychiatrischen Zwangsbehandlung ist gegen krimintatarische Aktivisten wegen "Nichtzurechnungsfähigkeit" in mehreren Fällen angeordnet worden.²⁷

Hauptanklagepunkte bei den Prozessen waren immer wieder das Abfassen und Verbreiten der vielen Briefe, Eingaben und Informationsblätter, d.h. also die Schaffung einer unkontrollierten Öffentlichkeit, sowie die Organisation und Abhaltung von Zusammenkünften und Versammlungen. Strafgesetzliche Grundlage der Verurteilungen bildeten seit 1966 fast ausschließlich die in diesem Jahr eingeführten Artikel 191⁴ ("Verbreitung wissentlich falscher Erfindungen, die die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung verleumden") und 191⁶ ("Organisation oder aktive Teilnahme an Gruppentätigkeiten, die die gesellschaftliche Ordnung verletzen") des Strafgesetzbuches der Usbekischen SSR. Diese Artikel sehen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren vor und entsprechen den §§ 190¹ und 190³ des StGB der RSFSR. Sie wurden von allen Unionsrepubliken übernommen und werden überall gegen die nationale und religiöse Opposition sowie gegen die Vertreter der Bürgerrechtsbewegung - z.T. in strafverschärfender Kombination mit anderen Artikeln - angewendet.

Bei den Hauptverhandlungen ging und geht es in der Regel nicht darum, die Fakten und Vorwürfe des krimintatarischen Samizdat an der Wirklichkeit zu überprüfen, sondern die Gerichte gehen de facto davon aus, daß die Bewegung an sich als etwas Kriminelles zu betrachten ist, weil sie sich der Kontrolle und Weisung der Staats- und Parteiorgane entzieht.

Bei der Prozeßführung ist es wiederholt zu Verletzungen der Strafprozeßordnung und zur Einengung der Verteidigungsmöglichkeiten gekommen, wie das auch aus Prozessen gegen andere Oppositionelle in den vergangenen beiden Jahrzehnten bekannt ist. Häufig sind die Verfahren nur scheinbar öffentlich, weil Zeit und Ort des Prozeßbeginns nicht mitgeteilt werden und die Gerichtssäle von Amts wegen mit einem feindselig eingestellten Publikum gefüllt werden. Die Anwälte engagierten sich zum Teil deutlich für ihre Mandanten, andere hingegen nahmen ihre Rolle rein formal wahr. "Viele Taskenter Anwälte weigerten sich, eine Verteidigung zu übernehmen, und erklärten das offen damit, daß sie ihre Arbeit nicht verlieren wollten."²⁸

Trotz der schweren Strafen, die für die Betroffenen die Zerstörung ihres beruflichen und privaten Lebens bedeuten können, hat das Sowjetsystem andere nonkonformistische Gruppen, insbesondere die Reformbaptisten, noch härter verfolgt als die Krimtataren. Das gilt besonders für die Zeit vor 1968. Insgesamt sind bis 1974 etwa 1.000 Baptisten zu Lagerhaft verurteilt worden; die Gruppe dieser dissidenten Baptisten ist wohl nicht größer als das krimtatarische Volk.

Die Bemühungen der Sowjetführung, die Bewegung der Krimtataren wieder ihrer Kontrolle zu unterwerfen, blieben nicht auf Verfolgungen beschränkt, obwohl alle anderen Maßnahmen durch die fortdauernden Eingriffe von Polizei und Gerichten diskreditiert wurden. Insgesamt viermal empfingen hohe und höchste Vertreter der Sowjetmacht krimtatarische Delegationen (1957, 1965, 1966, 1967). In den beiden ersten Fällen unterhielt sich Staatsoberhaupt Mikojan mit den Repräsentanten des Volkes, 1966 empfing der Sekretär des Obersten Sowjet Georgadze die Krimtataren; von der bislang letzten Begegnung 1967 war bereits oben die Rede. In allen Fällen bemühten sich die

Sowjetführer, die Krimtataren zu beschwichtigen und sagten ihnen die "Lösung" ihrer nationalen Frage für die nächste Zeit zu. Bezeichnenderweise haben nach der Rehabilitierung keine Empfänge mehr stattgefunden, weil die Breznev-Führung^V offenbar nicht bereit ist, irgendwelchen weiteren Forderungen entgegenzukommen. Übrigens sind mehrere Volksvertreter, die an höchster Stelle gehört wurden, später verhaftet und verurteilt worden.

Weitgehend gescheitert sind offenbar die sowjetischen Versuche, die Krimtataren durch eine begrenzte Kulturautonomie in Usbekistan zufriedenzustellen. Wichtigstes Organ dieser Kulturpolitik ist die seit 1957 in krimtatarischer Sprache erscheinende Zeitung "Lenin Bajrag-y" (Lenins Banner). Die Zeitung enthält neben politischen auch viele literarische Beiträge. Sie ist in den 1960er Jahren Forum zur Rehabilitierung vieler vor- und nachrevolutionärer krimtatarischer Schriftsteller und Politiker gewesen.²⁹ Der krimtatarische Buchdruck blieb hingegen sehr begrenzt. Von Kriegsende bis 1972 erschienen nur einige Dutzend Bücher; die nationale Bewegung vergleicht damit die 218 Bücher, die allein 1940 auf der Krim in tatarischer Sprache gedruckt wurden.³⁰ Sehr selten strahlt das lokale Fernsehen krimtatarische Programme aus, und Radio Taskent^V sendet wöchentlich für eine Stunde in krimtatarischer Sprache.

Ein angemessener muttersprachlicher Schulunterricht ist nicht möglich. In Grundschulen mit einem hohen Prozentanteil krimtatarischer Kinder werden seit 1968 fakultativ zwei Wochenstunden krimtatarischer Sprachunterricht angeboten; die Zahl der zur Verfügung stehenden Lehrer soll nicht größer als ein Dutzend sein. Hiermit hängt zusammen, daß die Krimtataren trotz ihrer hochgradigen nationalen Identifikation sprachlich weitgehend assimiliert sind. Nach ihren eigenen Aussagen sind

70 % der Volkszugehörigen, besonders in der jüngeren Generation, kaum noch in der Lage, aktiv die krimtatarische Sprache zu gebrauchen.³¹ An ihre Stelle ist weitgehend das Russische getreten. Diese Feststellung ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil sie zeigt, daß sprachliche Assimilierung keineswegs ein zuverlässiger Gradmesser für nationales Eigenbewußtsein sein muß. Ähnliches gilt für die Juden in der Sowjetunion, die in noch höherem Maße als die Krimtataren sprachlich russifiziert sind.

Die Kulturautonomie wird nach außen auch dadurch dokumentiert, daß die krimtatarischen Schriftsteller in einer "Sektion tatarischer Schriftsteller" beim Schriftstellerverband Usbekistans organisiert wurden. Beim ^VTaskenter Pädagogischen Institut besteht außerdem eine kleine Abteilung für tatarische Sprache und Literatur. Schließlich arbeitet schon seit 1957 ein kleines Volkskunst-Ensemble, über dessen niedriges Niveau und schlechte materielle Ausstattung allerdings sogar von offizieller Seite in Usbekistan Klage geführt wird.³²

Diese kulturellen Einrichtungen werden von den meisten Krimtataren als unzureichend und als Versuch, das Volk widerrechtlich in Usbekistan festzuhalten, abgelehnt und boykottiert. Die nationale Bewegung spricht geradezu von der "konterrevolutionären Idee der 'kulturell-nationalen Autonomie'".³³ Dagegen werden die krimtatarische Zeitung und die anderen kulturellen Einrichtungen von sowjetoffizieller Seite immer wieder als Beweis dafür gewertet, daß die Krimtataren heute in Usbekistan heimisch geworden sind. Die Gruppe jener Krimtataren, die hinter der parteioffiziellen Linie steht, scheint außerordentlich klein zu sein, obwohl sie in Usbekistan nach Kräften gefördert wird. Die wenigen loyalen krimtatarischen Kommunisten werden auf verantwortliche Posten befördert, um so der nationalen Bewegung entgegenzuwirken. Führer dieser Gruppe

scheint seit vielen Jahren der Erste Sekretär des Rayonkomitees der KP Usbekistans in Ak-Kurgan S.M. Tairov zu sein. Diese Gruppe hat auch versucht, eine Art Gegen-Samizdat zu schaffen; sie sammelte Unterschriften für Eingaben und Briefe, in denen die sowjetische Nationalitätenpolitik gefeiert und der Partei für ihre Unterstützung der krimtatarischen Sache gedankt wird. Die nationale Bewegung bezeichnet diese "integrierten" Krimtataren als "Abtrünnige" und "Verräter".³⁴ Dabei berufen sich ihre Vertreter u.a. auf ein Referendum, das sie 1969/70 unter den Krimtataren abgehalten haben. Damals bejahte die überwältigende Mehrheit die beiden gestellten Fragen, ob sie eine Rückkehr auf die Krim wünschten und ob sie für die Wiederherstellung der Autonomen Krim-Republik einträten.³⁵

Die Bewegung nach 1967

Die politische Bewegung für die Rückkehr auf die Krim und die Reaktionen der Sowjetführung haben sich nach der Rehabilitierung der Krimtataren im September 1967 erheblich verschärft. Möglicherweise steht das Volk seit 1968 nicht mehr in der gleichen, fast ausnahmslosen Geschlossenheit hinter den Organisatoren der Bewegung wie im Jahrzehnt davor. Hier haben Verfolgungen, Ermüdungserscheinungen aufgrund der langen Zeit und die Abwerbungsversuche der sowjetischen Behörden ihre Wirkung getan. Dennoch ist der Grad der Solidarisierung noch immer erstaunlich: Die beiden Eingaben an die Sowjetführung im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR im Sommer 1972 fanden 20.000 bzw. 18.000 Unterschriften; eine Anfrage an das ZK im Dezember 1973 wurde von 6.800 Krimtataren unterzeichnet; für eine umfangreiche Erklärung an den XXIV. Parteitag im März 1971 waren noch 55.000 Unterschriften gesammelt worden.³⁶

Die Verschärfung der Auseinandersetzungen seit 1968 hat eine Reihe von Ursachen. Zunächst ist hier die allgemeine Verhärtung des innenpolitischen Klimas zu nennen, die sich gegenüber den Krimtataren in verstärkten Anstrengungen auswirkte, die Bewegung - wenn nicht zu unterdrücken, so doch zumindest erheblich einzudämmen. Eine Zuspitzung war auch deshalb unvermeidlich, weil die Breznev-Führung nicht bereit war, über die Rehabilitierung hinauszugehen, die von den Krimtataren jedoch als völlig unzureichend empfunden wurde. Die Krimtataren haben ihrerseits zur Verhärtung beigetragen, indem sie sich seit 1968 in zunehmendem Maße an die in- und ausländische Öffentlichkeit wandten und sowohl bei der demokratischen Bürgerrechtsbewegung als auch bei ausländischen kommunistischen Parteien Unterstützung suchten. Ton und Argumentation des krimtatarischen Samizdat sind seit dieser Zeit schärfer und radikaler geworden.

Zur Eskalation der Auseinandersetzungen und zur Erbitterung der Krimtataren trugen vor allem auch die Ereignisse auf der Krim nach dem September 1967 bei. Die lokalen Behörden auf der Krim hatten geheime Anweisung erhalten, den aus Zentralasien einreisenden Krimtataren weder eine Aufenthaltsgenehmigung zu geben noch ihnen eine Arbeit zu vermitteln. Viele Familien zogen wochenlang vergeblich von einem Ort zum anderen, mußten alle ihre Ersparnisse aufwenden und wurden schließlich von der Polizei wegen fehlender Aufenthaltsgenehmigung und Arbeit nach Zentralasien abgeschoben. Nach Aussagen der Krimtataren wurden im ersten Jahr nach der Rehabilitierung etwa 12.000 Volkszugehörige aus der Krim ausgewiesen; nur 18 Familien und 13 Einzelpersonen gelang es, eine Aufenthaltsgenehmigung durchzusetzen. 17 Menschen erhielten im gleichen Zeitraum auf der Krim wegen Paßvergehen, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Teilnahme an der nationalen Bewegung Freiheitsstrafen in verschiedener Höhe.

Bei den Ausweisungen, die offenbar 1968 ihren Höhepunkt erreichten, kam es wiederholt zu pogromartigem Vorgehen der Polizei. Familien wurden bei Nacht aus ihren Häusern oder provisorischen Unterkünften geholt, gewaltsam auf Polizeifahrzeuge verladen und unter Polizeibegleitung in Zügen oder Flugzeugen nach Zentralasien zurückgebracht. Eine Reihe brutaler Ausweisungen ist auch noch aus dem Jahre 1972 belegt. Einzelne Abschiebungen meldete die westliche Presse bis in das Jahr 1974, wobei in den letzten Jahren den Krimtataren die Niederlassung nicht nur auf der Krim sondern auch in den angrenzenden ukrainischen Bezirken verweigert wird. Manche Familien sind mehrfach eingereist und immer wieder zurückgeschickt worden. Teilweise wurden dabei die Gerichte eingeschaltet, die aufgrund der innersowjetischen Paßvorschriften Krimtataren, die ohne Arbeit und Aufenthaltsgenehmigung waren, für zwei Jahre aus der Krim auswiesen. Vor allem wurde bei allen Gegenmaßnahmen darauf geachtet, daß keine, noch so unbedeutenden geschlossenen krimtatarischen Siedlungen entstanden. Insgesamt gelang in den Jahren 1968 und 1969 etwa 900 Familien bzw. 4.000 Krimtataren, oft nach jahrelangen Auseinandersetzungen mit den Behörden, die Niederlassung auf der Krim. Danach sind offenbar praktisch gar keine Aufenthaltsgenehmigungen mehr erteilt worden.

Von den 900 Familien kamen ungefähr 250 mit behördlicher Unterstützung auf die Krim. Sie waren offiziell als Arbeitskräfte in Zentralasien angeworben worden. Diese Anwerbung (orgnabor) in den Jahren 1967-1969 sollte der nationalen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Eine solche Gegenmaßnahme konnte jedoch nur wenig Erfolg haben, weil zu den Voraussetzungen der Anwerbung gehörte, daß der Bewerber sich in keiner Weise an der Kampagne zur Rückkehr auf die Krim beteiligt hatte. Aber die wenigen in Zentralasien wirklich integrierten Krimtataren hatten gar nicht die Absicht, auf die Krim zu übersiedeln.

Die Erbitterung der nationalen Bewegung über die Ausweisungen aus der Krim wuchs noch dadurch, daß in den 1950er und 1960er Jahren in erheblichem Ausmaß offiziell ukrainische und russische Siedler für die Krim angeworben wurden. So stieg nach offiziellen Angaben die Bevölkerungszahl der Krim von 823.000 im Jahre 1950 auf 1,66 Millionen 1968; dabei waren 570-580.000 Zuwanderer. Nach 1967 wurde nach krimtatarischen Angaben die gelenkte Besiedlung beschleunigt und erreichte 40-45.000 Menschen im Jahr.³⁷

Die Vorgänge auf der Krim nach 1967 bestätigen, daß in der Sowjetunion nach wie vor bei Konfliktregelungen die zumeist unveröffentlichten Verwaltungsvorschriften und unteren Verwaltungsorgane eine überragende Rolle spielen. Aus den veröffentlichten Gesetzen und aus den Massenmedien wird die Konfliktsituation meist nur undeutlich sichtbar. Der Wortlaut veröffentlichter Beschlüsse der Partei- und Staatsorgane kann manchmal (wie im hier behandelten Fall) geradezu im entgegengesetzten Sinn zur getroffenen Entscheidung verstanden werden. Aus diesen Gründen hat die Bürgerrechtsbewegung in den vergangenen Jahren immer wieder nachdrücklich gegen die Undurchsichtigkeit und Willkürlichkeit der Verwaltung protestiert. Die nur schwer durchschaubaren unteren Verwaltungsinstanzen und Parteiorgane regulieren das tägliche Leben jener gesellschaftlichen Gruppen, die sich latent oder offen im Konflikt mit dem Herrschaftssystem befinden, weit stärker als die Akte der gesetzgebenden Körperschaften. Selbstverständlich sind die lokalen Organe dabei Instrumente von Entscheidungen auf hoher Ebene, zumeist innerhalb des Parteiapparates.

Nach 1967 hat ein Teil der Organisatoren der krimtatarischen Bewegung systematische Kontakte zur nonkonformistischen Intelligenz hergestellt. Träger dieser Verbindung waren zunächst vor allem der wegen seiner kritischen Einstellung entlassene

und degradierte General Grigorenko und der im November 1968 verstorbene Schriftsteller Aleksej Kosterin. Grigorenko wurde nicht zuletzt wegen seiner Unterstützung der krimtatarischen Bewegung als "nicht zurechnungsfähig" von 1969 bis 1974 einer psychiatrischen Zwangsbehandlung unterworfen. In einer Rede vor den krimtatarischen Vertretern in Moskau anlässlich einer Geburtstagsfeier für Kosterin im März 1968 wies Grigorenko der Bewegung den weiteren Weg. Die Krimtataren sind seinen drei Aufforderungen gefolgt: Sie verlangten von nun an nicht mehr nur die Rückkehr auf die Krim, sondern mit vollem Nachdruck auch die Wiederherstellung der Autonomen Krim-Republik. Sie wandten sich an die "progressive Weltöffentlichkeit und internationale Organisationen", und sie schlugen insgesamt einen radikaleren Ton an. "Um das Recht bittet man nicht, man fordert es!"³⁸

Die Wendung nach draußen seit Ende der 60er Jahre suchte insbesondere zwei Adressaten für die krimtatarische Sache zu gewinnen: die internationale kommunistische Bewegung und die Vereinten Nationen. Es hängt wohl nicht zuletzt mit der Wahl dieser Adressaten zusammen, die aus der politischen Haltung der Bewegung heraus nur als konsequent bezeichnet werden kann, daß den Krimtataren eine wirksame internationale öffentliche Unterstützung bis heute versagt geblieben ist. Zwölf sowjetische Intellektuelle, darunter Kosterin, Grigorenko und Zampira Asanova, ein Führer der Krimtataren, forderten in einem offenen Brief an das Konsultativtreffen der kommunistischen Parteien in Budapest im Februar 1968 u.a. eine "leninistische" Lösung der krimtatarischen Frage.³⁹ Im Juni 1969 richteten die Krimtataren eine umfangreiche Eingabe an die internationale Kommunisten-Konferenz in Moskau, und die Vertreter des Volkes entrollten Spruchbänder auf dem Majakovskij-Platz in der Hauptstadt.⁴⁰ Natürlich entsprach das Kommunisten-Konzil nicht der Forderung, die krimtatarische Frage auf die Tagesordnung zu

setzen, aber diese Erklärung war eines der ersten Dokumente, die überhaupt ins Ausland gelangten und die Bewegung bekanntmachten. Anfang 1973 folgten ein Aufruf "an alle kommunistischen Parteien der Welt" und ein gesonderter Begleitbrief an den rumänischen Parteichef Ceausescu.⁴¹ Besonders seit 1972 mehrten sich außerdem die Eingaben an die UN-Menschenrechtskommission und an Generalsekretär Waldheim.

Die Sowjetführung verschärfte seit 1968 ihre Gegenmaßnahmen in erheblichem Umfang. Die Zahl der gerichtlichen Verurteilungen stieg beträchtlich an. Zu den spektakulären Prozessen gehört die fünfwöchige Verhandlung gegen zehn Angeklagte in Tas^Vkent im Juli/August 1969. Die Angeklagten repräsentierten die soziale Zusammensetzung der politisch aktiven Krimtataren; sie gehörten überwiegend zur jüngeren Generation und kamen sowohl aus der Intelligenz als auch aus Facharbeiter-Berufen. Der Prozeß endete mit der - für sowjetische Verhältnisse - relativ milden Verurteilung von zwei Angeklagten (Bajramov, Kadyev) zu drei Jahren Freiheitsentzug; die anderen Angeklagten erhielten geringere Strafen.⁴² Detaillierte Angaben liegen u.a. auch über den Prozeß gegen einen der aktivsten Organisatoren der Bewegung, Resat D^Vzemilev, im April 1973 vor. Der 1932 geborene Ingenieur erhielt drei Jahre verschärfte Lagerhaft; er war schon 1967 zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt worden.⁴³ Auch ein anderer Führer der Bewegung, Mustafa D^Vzemilev, wurde im Juni 1974 zum zweiten Mal für ein Jahr in ein Lager geschickt, nachdem er schon im Januar 1970 drei Jahre verschärfte Lagerhaft erhalten hatte.⁴⁴ Im November 1974 trat Andrej Sacharow in einem dringenden Aufruf an das Ausland zum wiederholten Mal für Mustafa D^Vzemilev ein, der sich durch Haft und Hungerstreik in Lebensgefahr befand.⁴⁵

Neben der Aburteilung der Initiatoren ergriffen die Sicherheitsorgane in den vergangenen Jahren umfangreiche Präventivmaßnahmen, um öffentliche Auftritte und Demonstrationen zu verhindern. Die

Polizeiaktionen erreichten in jedem Jahr am 18. Mai und 18. Oktober Höhepunkte; an diesen Tagen gedenken die Krimtataren der Deportation von 1944 bzw. der Gründung der Krim-Republik 1921. "Am Vorabend des 18. Mai [1972] wurden an vielen Friedhöfen [in Usbekistan] Schilder angebracht "Quarantäne!", und es zogen verstärkte Polizeiposten auf."⁴⁶ Auf diese Weise sollten die Gedenkfeiern für die Toten der Deportation verhindert werden. "Im Jahre 1971 am 50. Jahrestag des Leninschen revolutionären Dekretes über die Autonomie der Krim wurden in den Städten Fergana, Kokand, Margilan, Jangi-Jul', Bekabad, Angren ebenso wie überall in Usbekistan und genauso wie in allen vorangegangenen Jahren alle Lenindenkmäler Tag und Nacht von Posten der Polizei, der Hilfspolizei und Mitarbeitern der administrativen Organe blockiert."⁴⁷ Die Krimtataren pflegen nämlich an diesem Tage Kränze zu Ehren Lenins niederzulegen!

Das Verhältnis der Bewegung zum sowjetischen Herrschaftssystem

Als ihr Ziel haben die Krimtataren die "Wiederherstellung der prinzipiellen Parteilinie und der Grundlagen der Sowjetmacht in der krimtatarischen Frage" bezeichnet.⁴⁸ In der schärfer und radikaler werdenden Auseinandersetzung der letzten Jahre haben sie gelegentlich sogar von sich als einer "nationalen Befreiungsbewegung" gesprochen, die gegen die "Feinde des Sozialismus" kämpft.⁴⁹ Mit diesem Ausdruck kann nur die heutige Sowjetführung gemeint sein, auch wenn dies von den Autoren nicht direkt gesagt wird. Insgesamt ist die Einstellung der Krimtataren der Haltung jener reformerischen, sich als "leninistisch" begreifenden Dissidenten vergleichbar, die Ende der 60er Jahre einen der Hauptströme der Bürgerrechtsbewegung bildeten. Männer wie Roj Medvedev, Grigorenko und auch Sacharov forderten damals eine Erneuerung der Partei von innen heraus und traten für die Wiederherstellung der "wahren" sozialisti-

schen Prinzipien ein, die durch den Stalinismus pervertiert worden seien. Ähnlich versteht sich die krimtatarische Bewegung als "gesamtvölkische Initiative der aktiven Solidarität mit dem Kurs der Partei Lenins und als Initiative zur praktischen Hilfe für die Partei im Kampf für die Liquidierung der letzten Überreste des Personenkultes und des Berija-Regimes."⁵⁰

Die Krimtataren wollen und können keine allgemeine politische Alternative bieten; sie begreifen sich vielmehr als die Bewahrer der wirklichen revolutionären Traditionen und fordern die heutige Führung auf, zu ihnen zurückzukehren. Sie bilden einen neuen Zweig des kommunistischen Polyzentrismus innerhalb der Sowjetunion, indem sie die Politik gegenüber den Krimtataren seit 1944 als "Revisionismus", "Diversion" oder "Konterrevolution" bezeichnen. Sie sehen sich selbst als den innersten Kern der Partei und verurteilen von dort her die "Abweichungen von der Leninschen Nationalitätenpolitik". Immer wieder berufen sie sich dabei auf Lenin, auf die beiden revolutionären Dekrete unmittelbar nach der bolschewistischen Machtergreifung 1917: die "Deklaration der Rechte der Völker Rußlands" vom 2./15. November und den "Aufruf an alle werktätigen Muslime Rußlands und des Ostens" vom 24. November/7. Dezember. Aber die Krimtataren sehen sich auch als Bewahrer und Vollstrecker der sowjetischen Verfassung, verschiedener Parteitagebeschlüsse und der Erklärung der Internationalen Kommunisten-Konferenz in Moskau 1969, die u.a. gegen Rassendiskriminierung und Nationalismus in den USA Stellung bezog.⁵¹

In den polemischer und emotionaler werdenden Dokumenten nach 1968 hat die Bewegung geradezu eine Verschwörungstheorie entwickelt, um den Anspruch der reinen Lehre und die Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus aufrechterhalten zu können. Nach dieser Theorie waren die Deportationen ganzer Völker nur

ein erster Schritt "in den imperialistischen Plänen" zur "Verwirklichung der Annexion des Ostens". Der "Feind" "bediente sich dabei der Organe und der materiell-technischen Mittel der Sowjetmacht". "Die Feinde gaben die Deportation des Jahres 1944, diesen Akt der Vollendung der zaristischen Politik der Annexion und des Völkermordes, der Politik: die Krim ohne Krimtataren, als die Politik der Partei und der Sowjetmacht aus; und die Feinde rechneten und rechnen damit, auf diese Weise das Mißtrauen der kleinen Völker gegenüber der Partei und dem Staat zu wecken." "Die Verantwortung für die Handlungen der Feinde der Partei Lenins, die durch die Berija-Bande ausgeführt wurden, der Partei und der Regierung aufzuerlegen" heißt, "die Partei und die Regierung verleumdern" und wird als "unwissenschaftlich" bezeichnet.⁵²

In dem Jahrzehnt nach dem XX. Parteitag (1956) haben die Krimtataren offensichtlich damit gerechnet, daß die Sowjetführung ihnen als loyalen Kommunisten und Bürgern, die in keiner Weise das Herrschaftssystem grundsätzlich in Frage stellten, schließlich entgegenkommen würde. Erst danach gelangten sie zu der Überzeugung, daß es auch heute noch "einige Personen an den entscheidenden Stellen des Apparates von Partei und Staat" gibt, die die "Konterrevolution" vertreten.⁵³ Deshalb hielten sich die Krimtataren auch für berechtigt, die internationale kommunistische Bewegung offen zur Intervention in innersowjetische Angelegenheiten aufzufordern. "Die internationale kommunistische Bewegung ist verpflichtet, die Strategie der Revolution auf der Krim wiederherzustellen, die konterrevolutionäre Strategie zurückzuweisen und zu verurteilen."⁵⁴ Die Verletzung der Prinzipien der nationalen Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus innerhalb der Sowjetunion sei deshalb von weltpolitischer Bedeutung, weil sie "eine Bedrohung für die Zukunft der proletarischen Weltrevolution, der Geschichte der Welt und des Sozialismus" darstelle.⁵⁵

Das Verhältnis der nationalen Bewegung zur etablierten Herrschaftsordnung zeigt auf der einen Seite die feste Bindung an die angelernten politischen Denkschemata und damit die Unfähigkeit zur Alternative und auf der anderen Seite die beliebige Verfügbarkeit dieser überlieferten Terminologie ("Revolution", "wissenschaftlich", "Bourgeoisie", "leninistisch"). In der praktischen politischen Auseinandersetzung werden die tradierten Schablonen zu einem wichtigen Instrument und auf diese Weise mit neuem Inhalt gefüllt. Der Fall der Krimtataren macht darüber hinaus deutlich, daß oppositionelle Strömungen in der Sowjetunion keineswegs notwendig in die Richtung einer pluralistischen Demokratie zielen. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Massenbewegungen handelt, die nicht in erster Linie von einer Intelligenzschicht getragen werden.

Die Motive der sowjetischen Führung

Der durch die Krimtataren entstandenen Unruheherd hätte nicht das beschriebene Ausmaß angenommen und wäre leicht zu beseitigen gewesen, wenn die sowjetische Führung sich dazu hätte durchringen können, einigen hunderttausend Krimtataren die Rückkehr in die Heimat zu gestatten. Chrus^{vv}cev hatte schließlich mehreren Völkern die organisierte Rücksiedlung zugestanden. Es stellt sich deshalb die Frage, warum die Brežnev^v-Führung gegenüber den Krimtataren so unnachgiebig geblieben ist und damit einen Krisenherd geschaffen hat, der inzwischen weit über das kleine Volk der Krimtataren hinaus wirksam ist.

Wir können den Grund nicht darin sehen, daß die Sowjetführung etwa der ganzen Bewegung zu wenig Bedeutung beigemessen hätte und deshalb keine Veranlassung zum Entgegenkommen sah. Dagegen sprechen nicht nur die mehrfachen Empfänge krimtatarischer Delegationen durch höchste Funktionäre Mitte der 1960er Jahre.

Der Ernst der Lage mußte für die Sowjetführung auch daraus deutlich werden, daß z.B. unter den 65 krimtatarischen Vertretern, die sich anlässlich des XXIII. Parteitages (1966) in Moskau aufhielten, nicht nur eine Reihe von Ökonomen, Ingenieuren und Ärzten sondern auch sechs, namentlich genannte höhere Offiziere waren.⁵⁶ Außerdem wandten sich dreimal (im Februar 1966, April 1968, April 1970) ausschließlich krimtatarische Mitglieder der Partei an das ZK und solidarisierten sich mit der Bewegung. Diese Eingaben, deren Texte bisher im Westen nicht bekannt sind, fanden zusammen 1.500 Unterschriften.⁵⁷

Bei der Suche nach den wirklichen Motiven für die unnachgiebige Politik gegenüber den Krimtataren sind wir auf Vermutungen angewiesen. Dabei dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß die sowjetische Führung am Ende der 60er Jahre davon ausgegangen ist, sie würde durch die politische Rehabilitierung einerseits und verschärfte Polizeimaßnahmen auf der anderen Seite die Bewegung sehr bald unter Kontrolle bringen. Die Parteiführung hat offenbar die Schlagkraft nationaler Identifikation zunächst unterschätzt. Ökonomische, militärische und allgemeinpolitische Überlegungen scheinen dennoch die Führung dazu bewogen zu haben, bis heute die Konfrontation mit den Krimtataren aufrechtzuerhalten. Der dadurch entstehenden innen- und außenpolitische Schaden wird offenbar für geringer gehalten als die - aus der Sicht der Führung - negativen Folgewirkungen eines Nachgebens.

Vertreter der Sowjetmacht haben gegenüber den Repräsentanten der Krimtataren mehrfach davon gesprochen, daß eine Rückkehr auf die Krim aus ökonomischen Gründen nicht möglich sei, denn durch den Abzug Zehntausender von qualifizierten Arbeitskräften würde die Wirtschaftsstruktur Zentralasiens unerträglich belastet. Tatsächlich sind offenbar viele Krimtataren in den

vergangenen 15 Jahren in der Industrie und Landwirtschaft Usbekistans aufgrund einer guten Ausbildung und besonderer Tüchtigkeit in verantwortliche Stellungen gelangt. Sozialer Aufstieg und größere Mobilität zeichnen sie besonders gegenüber der einheimischen Bevölkerung aus. Der höhere Lebensstandard war wahrscheinlich auch eine der Voraussetzungen dafür, daß die Krimtataren die beträchtlichen Kosten der nationalen Kampagne zu tragen in der Lage waren.⁵⁸ Dennoch erscheint das ökonomische Argument nicht sehr überzeugend, wenn zur gleichen Zeit auch auf der Krim ein erheblicher Arbeitskräftemangel herrscht und jährlich Zehntausende von Ukrainern und Russen dort angesiedelt werden.

^{vv} Chruscev hat in seiner Rede auf dem XX. Parteitag bestritten, daß bei den Deportationen militärische Notwendigkeiten irgendeine Rolle gespielt hätten und stellte die Vertreibungen als Akt der Rache, des Mißtrauens und der Willkür Stalins dar.⁵⁹ Dennoch muß als wahrscheinlich angenommen werden, daß bei der Entscheidung, den Krimtataren die Rückkehr zu verweigern, auch militärische Erwägungen einbezogen worden sind. Von den deportierten Völkern waren nur die Krimtataren und die Volksgruppe der Mescheten aus dem südlichen Georgien in strategisch wichtigen Gebieten ansässig. Gerade in diesen beiden Fällen wurde eine Rückkehr bis heute nicht gestattet. Schon die russische Politik im 19. Jahrhundert hatte den Exodus der Tataren aus der Krim nicht ungern gesehen, der die Möglichkeit zur Besiedlung dieses militärischen Vorpostens im Süden mit Russen und Ukrainern eröffnete. Die Loyalität der Krimtataren gegenüber dem Gesamtstaat war für Stalin schon vor Ausbruch des II. Weltkrieges zweifelhaft gewesen. Es versteht sich, daß die heutige Führung nach der Kampagne der vergangenen Jahre noch viel weniger auf die uneingeschränkte Loyalität der Krimtataren unter den Bedingungen einer militärischen Auseinandersetzung vertrauen kann. Deshalb ist von dieser Überlegung

her die organisierte Rückführung des Volkes heute noch unwahrscheinlicher geworden als vor 15 Jahren.

Die wichtigsten Gründe für die Intransigenz der Führung in der krimtatarischen Frage erschließen sich aber erst vor dem Hintergrund der innenpolitischen Gesamtlage. Die Brežnev-Führung hat in derartigen Konflikten auch sonst die Linie kleinerer und in erster Linie optischer Zugeständnisse verfolgt; sie ist jedoch in der Regel den von non-konformistischen Gruppen vorgetragenen Forderungen in der Hauptsache nicht entgegengekommen. Die Partei- und Staatsspitze fürchtet offenbar, daß durch Nachgiebigkeit die Grundlagen des Herrschaftssystems angetastet werden könnten. Denn das Sowjetsystem kennt keine organisierte politische Opposition und verurteilt sie aufs schärfste. Das Nachgeben in der krimtatarischen Frage birgt zudem - aus der Sicht der Führung - die Gefahr in sich, einen innenpolitischen Erdbeben auszulösen. Nicht nur die Wolga-Deutschen und Meschetener würden dann mit größtem Nachdruck das gleiche Entgegenkommen verlangen, sondern die von latenter Unruhe bedrohte gesamte nationalitätenpolitische Szenerie könnte in heftige Bewegung geraten, und die mühsam ausbalancierten autonomistischen Bestrebungen vieler nichtrussischer Völker könnten den Druck auf die Zentrale erheblich verstärken.

Natürlich wäre die Rückkehr der Tataren auf die Krim auch für die liberale Bürgerrechtsbewegung ein großer Erfolg. Aber gerade diese Tatsache ist für die Parteiführung ein zusätzlicher Grund, hier nicht nachzugeben. Die über lange Zeit hin anhaltenden Auseinandersetzungen und die Wendung der Krimtataren nach außen haben das Einlenken der Sowjetführung auch aus Prestigegründen eher noch unwahrscheinlicher gemacht. Denkbar ist allenfalls, daß sich eine Führung nach Brežnev hier anders entscheiden könnte, um sich einerseits von ihrer

Vorgängerin abzuheben und zu profilieren und um andererseits durch einen solchen Schritt breite, heute der Partei entfremdete Gruppen innerhalb der Gesellschaft für sich zu gewinnen.

Anmerkungen

- ²⁷Vsenarodnyj zapros krymskotatarskogo naroda v Politbjuro CK KPSS, Dezember 1973, AS Nr. 1884, S. 4-5.
- ²⁸AS Nr. 1726 (vgl. Anm. 11), S. 13-15, 23-27, das Zitat S. 27.
- ²⁹E. Kirimal, The Crimean Tatars, in: Studies on the Soviet Union N.S. X, 1970, S. 92-93.
- ³⁰Krymskotatarskij narod osuždaet "Otzyv" M. Vachabova ... Mai-Dezember 1969, AS Nr. 1448, S. 54; AS Nr. 1377 (vgl. Anm. 12), S. 27.
- ³¹^{vv}Obrascenie krymskich tatar v Politbjuro CK KPSS ... Sommer 1972, AS Nr. 1185, S. 4.
- ³²AS Nr. 1184 (vgl. Anm. 8), S. 4.
- ³³AS Nr. 1453 (vgl. Anm. 8), S. 2.
- ³⁴S.M. Tajrov, Pis'mo 1-omu Sekretarju CK KP Uzbekistana S.R. Rasidovu ..., Juni 1972, AS Nr. 1452; AS Nr. 1453 (vgl. Anm. 8).
- ³⁵Uncensored Russia, S. 268 f.
- ³⁶AS Nr. 1878, 1184, 1185, 1884.
- ³⁷^{vv}Obrascenie krymskich tatar v Presidium Verchovnogo Soveta SSSR..., Juli 1972, AS Nr. 1186, S. 4-5; Krymskotatarskaja "Chronika", Juli 1972, AS Nr. 1189, S. 2-8; AS Nr. 1448 (vgl. Anm. 30), S. 56-57; S. Tochlu, Zajavlenie General'nomu Sekretarju OON ..., Oktober 1972, AS Nr. 1728, S. 1-3; E. Šabanov, Žaloba na imja General'nogo Sekretarja OON..., Oktober 1968, AS Nr. 1729, S. 1-7; M. Čobanov, Zajavlenie na imja K. Val'dchajma..., September 1973, AS Nr. 1730, S. 1-3; Sjurpriz krymskim tatarom ko Dnju Konstitucii..., Dezember 1972, AS Nr. 1880, S. 1-3; AS Nr. 1882 (vgl. Anm. 24), S. 2-7; Uncensored Russia, S. 263-266; Times, 22. August 1974.
- ³⁸P. Grigorenko, Reč', proiznesennaja v Moskve v Čest' A.E. Kosterina, 17. März 1969, AS Nr. 76, S. 4-5.
- ³⁹AS Nr. 15.
- ⁴⁰AS Nr. 137.
- ⁴¹AS Nr. 1450, 1451.

- ⁴²Sheehy, Crimean Tatars, S. 18; Posev, 9/1969, S. 5-7.
- ⁴³Russkaja mysl', 23. März 1974, S. 5.
- ⁴⁴Posev, 4. special'nyj vypusk, Juni 1970, S. 8 f. (= Chronika tekusčich sobytij, 12).
- ⁴⁵AS Nr. 1946 und 1946 a.
- ⁴⁶^{vv}Obrascenie v Prezidium Verchovnogo Soveta SSSR ..., Mai-Juli 1972, AS Nr. 1187, S. 1.
- ⁴⁷AS Nr. 1185 (vgl. Anm. 31), S. 7.
- ⁴⁸AS Nr. 1884 (vgl. Anm. 27), S. 4.
- ⁴⁹AS Nr. 1453 (vgl. Anm. 8), S. 5.
- ⁵⁰AS Nr. 1448 (vgl. Anm. 30), S. 19.
- ⁵¹^{vv}Obrascenie krymskich tatar ko vsem kommunističeskim partijam mira, Anfang 1973, AS Nr. 1450, S. 1-3, 11; AS Nr. 1184 (vgl. Anm. 8), S. 9.
- ⁵²AS Nr. 1448 (vgl. Anm. 30), S. 4 f., 7, 11 f.
- ⁵³AS Nr. 1884 (vgl. Anm. 27), S. 6.
- ⁵⁴AS Nr. 1450 (vgl. Anm. 51), S. 9.
- ⁵⁵Soprovoditel'noe pis'mo (na imja N. Čausesku) k Obrasceniju krymskich tatar ko vsem kommunističeskim partijam mira, Anfang 1973, AS Nr. 1451, S. 1.
- ⁵⁶AS Nr. 1877 (vgl. Anm. 12), S. 38-40.
- ⁵⁷AS Nr. 1884 (vgl. Anm. 27), S. 3.
- ⁵⁸Sheehy, Crimean Tatars, S. 20 f.
- ⁵⁹Conquest, The nation killers, S. 144.

Zusammenfassung

Seit 1956 entstand mit der nationalen Bewegung der Krimtataren ein erheblicher Unruheherd in der sowjetischen Innenpolitik. Er ist bis 1968 von der in- und ausländischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden, und die Bewegung hat bis heute - im Gegensatz etwa zur Auswanderungskampagne der sowjetischen Juden - kaum internationale Beachtung oder Unterstützung gefunden. Die Krimtataren waren 1944 wegen angeblicher Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht deportiert und hauptsächlich in Usbekistan zwangsangesiedelt worden. Seit dem XX. Parteitag (1956) forderten sie nicht nur ihre politische Rehabilitierung, sondern auch die Erlaubnis zur Rückkehr auf die Krim, eine geschlossene Ansiedlung in der alten Heimat und die Wiederherstellung der 1944 aufgehobenen Autonomen Krim-Republik. Im Jahre 1967 erfolgte lediglich die politische Rehabilitierung, alle anderen Forderungen sind bis heute unerfüllt geblieben.

Die nationale Bewegung hat zeitweise das ganze krimtatarische Volk erfaßt, zu dem heute etwa 300 - 350.000 Menschen gehören. Sie fand ihren Ausdruck in erster Linie in Tausenden kollektiver Eingaben, Briefe und Petitionen an die Partei- und Staatsführung; außerdem wurden von delegierten Repräsentanten des Volkes im Laufe der Jahre mehr als 40 große Memoranden verfaßt. Die Zahl der Unterschriften unter diesen Memoranden schwankte zwischen einigen Tausend und 130.000. Trotz verschiedener Gegenmaßnahmen ist es der Sowjetführung bis heute nicht gelungen, die Bewegung unter Kontrolle zu bringen, die sich nach 1967 verschärft hat. Insgesamt verurteilten die Gerichte mehr als 200 Krimtataren zu Lagerhaft, mehrere Tausend wurden auf administrativem Wege zur Verantwortung gezogen, und Tausende auf eigene Faust auf die Krim zurückgekehrte Tataren wurden wieder nach Zentralasien abge-

schoben. Seit 1968 entstanden enge Kontakte zur liberalen Bürgerrechtsbewegung, und die Krimtataren suchten außerdem Unterstützung bei der internationalen kommunistischen Bewegung und bei den Vereinten Nationen.

Die nationale Bewegung versteht sich als leninistisch und fordert von der heutigen Parteiführung die "Wiederherstellung der Leninschen Prinzipien in der Nationalitätenpolitik". Die Krimtataren bieten keine allgemeine politische Alternative und stellen das Sowjetsystem nicht grundsätzlich in Frage. Sie bezeichnen jedoch die heutige Führung, die das Erbe der Oktoberrevolution verraten habe, gelegentlich als "konterrevolutionär". In einem Prozeß der Eskalation hat die Sowjetführung durch die Weigerung, die berechtigten Anliegen der Krimtataren zu erfüllen, und durch zunehmende Repressalien dazu beigetragen, daß die Bewegung sich radikalisiert hat und heute weit über das Volk der Krimtataren hinaus wirksam ist. Der Hauptgrund für die Unnachgiebigkeit gegenüber den Krimtataren ist neben wirtschaftlichen und militärischen Erwägungen wohl darin zu sehen, daß die Führung fürchtet, das Eingehen auf die Forderungen einer politischen Protestbewegung könnte einen innenpolitischen Erdrutsch auslösen.

Umfang und Intensität der krimtatarischen Kampagne zeigen die Sprengkraft, die von unbefriedigten Nationalismen in der Sowjetunion ausgehen kann. Die nationale Bewegung beweist auch, daß ein totalitärer Herrschaftsanspruch von der innenpolitischen Wirklichkeit zunehmend in Frage gestellt wird.